

INHALTSVERZEICHNIS

„Feder für die Pressefreiheit“
für chinesischen Journalisten S. 1

Der lange Weg zur
Pressefreiheit hierzulande S. 3

Vorjahres-Besitzerin Hamedi
aus iranischer Haft entlassen S. 5

Kurdischer Journalist
flüchtet ins deutsche Exil S. 6

Regionale Pressevielfalt
gegen rechte Randale S. 8

„Fairness funkt“:
hr-Kollegen solidarisch S. 9

Die Nebenwirkungen einer Salbe

**DJV Hessen widmet Shangguan Yunkai die „Feder für die Pressefreiheit 2024“
– Chinesischer Investigativjournalist zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt**

Auf diesen Anklagepunkt muss man erst einmal kommen, um einen Investigativjournalisten zum Schweigen zu bringen: Shangguan Yunkai soll für eine Hautcreme geworben haben. Das geht gar nicht, schon gar nicht in China. Erst recht nicht, wenn das Produkt aus Taiwan stammt. Und wenn der angebliche Promoter ein unerschrockener Reporter ist, der bekannt ist für seine Recherchen über anhaltende Korruption in chinesischen Behörden und Kadern. Dafür ist der 57-jährige Anfang des Jahres zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Und dafür ist er vom DJV Hessen ausgewählt worden als nächster Besitzer der „Feder für die Pressefreiheit“, die alljährlich zum Tag der Pressefreiheit am 3. Mai versandt wird.

Mit dem namensgravierten Füllfederhalter verfasst Tagesthemen-Moderator Ingo Zamperoni einen persönlichen Brief an den künftigen Besitzer. Die von DJV-Schatzmeisterin Gabriela Blumschein vor sechs Jahren initiierte Solidarisierungsgeste steht von Beginn an unter der Patenschaft des gebürtigen Wiesbadeners. Über Mittelsleute wird versucht, das Schreibgerät dem oder der Inhaftierten zukommen zu lassen und damit die Botschaft zu senden, dass das Schicksal aufmerksam registriert und verfolgt wird. Im vorigen Jahr war die Feder an Niloofar Hamedi gegangen. Die heute 31-Jährige saß 15 Monate im berüchtigten Teheraner Evin-Gefängnis ein. Die Justizbehörden holten in ihrer Anklage zum großen Schlag gegen die junge Journalistin aus: Verschwörung mit dem Erzfeind USA, Bedrohung der nationalen Sicherheit, staatsfeindliche Propaganda –



In Handschellen aus dem Teehaus abgeführt: Shangguan Yunkai.

Foto: Twitter

weil Hamedi ein Bild der trauernden Eltern von Jina Mahsa Amini im Krankenhausflur gepostet hatte, jener jungen Kurdin, die von der Sittenpolizei zu Tode geprügelt worden war, weil sie ihr Kopftuch nicht züchtig genug getragen haben soll (siehe folgenden Artikel).

Nun also Shangguan Yunkai. Der 57-Jährige hatte in den 80er- und 90er-Jahren zunächst für die staatliche Zeitung „Legal Daily“ geschrieben. Über 20 Jahre lang managte er die beiden Blogs „Life in Queensland“ und „Huangxiao Native Egg“, die Themen wie Manipulationen in der Landwirtschaft oder behördlich angeordnete Zerstörung von Privatgrundstücken aufgriff. Mit seiner

Berichterstattung war er erstmals in Ungnade gefallen, als er zu korrupten Praktiken des Vizegouverneurs der zentralchinesischen Provinz Hubei recherchierte, der letztlich aus dem Amt entlassen worden war. Shanguans Artikel, Blogeinträge und Posts sollen korrupte Beamte wiederholt in Erklärungsnot gebracht haben. So soll ein Vize-Direktor und Parteisekretär seine Ämter verloren haben, nachdem er aufgedeckt hatte, wie der Mann sich bereichert haben soll. Über Messengerdienste hatte der Investigativjournalist immer wieder dazu aufgerufen, Hinweise und belastendes Material gegen korrupte Beamte im Staatsapparat zu teilen.



Mit der gravierten Füllfeder schreibt Pate Ingo Zamperoni traditionell eine Solidaritätsadresse.

Foto: DJV

Vor gut einem Jahr, im April 2023, war Shangguan in einem belebten Teehaus verhaftet und öffentlichkeitswirksam mit Kapuze über dem Kopf sowie in Handschellen abgeführt worden. Die Anschuldigung der Polizei von Wenzhou klang zunächst kurios: Am Ende eines Artikels soll er eine Anzeige platziert haben, die für ein Pflegeprodukt warb. Dieses sei in Wirklichkeit gepanscht, behaupten die Behörden. Es stammt aus Taiwan, das China als abtrünnigen und zu ächtenden Teil des Festlands betrachtet, argumentieren die Angehörigen. Laut Shangguans Sohn Keke wird die Salbe auf diversen Online-Handelsplattformen vertrieben. Die Anklage legte nach:

Shangguan habe Streit angefangen und Ärger provoziert – eine Verhaltensweise, die unabhängig vom Wahrheitsgehalt im konkreten Fall – in China mit 15 Jahren Gefängnis bestraft werden kann. Vorausgegangen sei, so sein Sohn, eine akribische verdeckte Ermittlung. Angebliche Kunden hätten sich erst interessiert gezeigt am Kauf des Medizinprodukts, dann hätten sie die Handschellen gezückt. Familie und Verteidigung sei nur widerwillig Kontakt zu dem Untersuchungshäftling eingeräumt, diverse Einschüchterungsversuche seien nicht abgerissen.

Nach den Recherchen von Radio Free Asia sollen nach offiziellen chinesischen Angaben

allein im ersten Quartal 2023 über 770.000 Hinweise zu Korruptionsverdacht bei der kommunistischen Partei eingegangen sein. Jede siebte habe zu einer Sanktion geführt, bis hinauf auf Ministerialebene. Das ist indes ein schwacher Trost für Shangguan Yunkai, dessen Strafmaß im oberen Bereich liegt. Er dürfte eines der Opfer sein, die unter eine vor einem Jahr verschärfte Gesetzgebung fallen, wonach auch der Sprachgebrauch als Spionageakt gewertet werden kann, wenn über sie nationale Sicherheit oder Interessen gefährdet werden. Das eröffnet der Strafverfolgung einen breiten Spielraum, gerade auch bei Posts und Kommentaren im Netz. Shanguans Weibo Blog hatte zuletzt rund 24.000 Follower.

Auf dem vorletzten Platz

Nach Einschätzung von „Reporter ohne Grenzen“ (ROG) führt die Regierung unter der Ägide von Präsident Xi Jinping derzeit einen „regelrechten Feldzug“ gegen die Presse- und Informationsfreiheit in China. Das bekämpfen vor allem Investigativjournalisten zu spüren. Huang Qi, Gründer der unabhängigen Menschenrechtsplattform „64 Tianwang“, etwa ist 2019 schwer erkrankt zu zwölf Jahren

Haft wegen angeblicher Weitergabe von Staatsgeheimnissen verurteilt worden. Die Journalistin Huang Xu-eqin hat im Herbst 2021 das gleiche Strafmaß erhalten wie Shangguan Yunkai: 15 Jahre. Der Vorwurf lautet in leichter Modifikation des allgemeinen Grundtenors in ihrem Fall „Anstiftung zur Untergrabung der Staatsgewalt“. Tatsächlich gilt Huang als Protagonistin in der MeToo-Bewegung

in China, hat in sozialen Medien über ihre eigenen Erfahrungen mit sexueller Belästigung am Arbeitsplatz berichtet. Im Gefängnis sitzen indes nicht ihre Peiniger, sondern sie. Im ROG-Ranking der Pressefreiheit rangiert China unter 180 Staaten auf dem vorletzten Platz, gefolgt nur von Nordkorea. 109 Medienschaffende sitzen hinter Gittern, mehr als in jedem anderen Land der Welt. ala

Journalistenorganisationen, unter ihnen auch der DJV, warnen vor einem „Klima der Selbstzensur“.

Vor April 2038 dürfte der Investigativjournalist kein freier Mann sein, dann wäre er 72. Sein letzter Artikel, veröffentlicht am Tag vor seiner Verhaftung, widmete sich einem Übergriff der Polizei von Wenzhou, die im Gerichtssaal einen Kläger misshandelt haben soll. Einer seiner letzten (mittlerweile gelöschten) Blogbeiträge vor der Verhaftung lief unter der Überschrift: Wenzhou: Volksgericht schützt Verfehlungen, lokales Parteigremium schaut weg. Die „Feder für die Pressefreiheit“ des DJV Hessen für Shangguan Yunkai bezweckt das Gegenteil: hinschauen, aufdecken – und Mut machen für mutigen Journalismus.

Andreas Lang

Kein Recht auf Hofberichterstattung

Der Deutsche Journalisten-Verband hat gerade Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) aufgefordert, sich für internationale Korrespondenten in China einzusetzen. Der DJV reagiert damit auf die Jahresumfrage des Foreign Correspondents' Club in China, der zufolge sich die Arbeitsbedingungen der Journalistinnen und Journalisten in der Volksrepublik massiv verschlechtert haben. Mehr als 80 Prozent der Befragten hätten angegeben, Gewalt oder Schikane erlebt zu

haben. Von den Sicherheitsbehörden würden zur Überwachung von Journalisten auch Drohnen eingesetzt. Oft würden Interviewpartner unter Druck gesetzt, vereinbarte Interviews abgesagt, Akkreditierungen verzögert. „Das sind massive Eingriffe in die Pressefreiheit, die die Berichterstattung der Korrespondenten immer schwerer machen“, kritisiert DJV-Bundesvorsitzender Mika Beuster. „Die chinesischen Behörden haben kein Recht, Hofberichterstattung zu erzwingen.“

ala

Freiheit vor der Presse

Der steinige Weg der Pressefreiheit im Deutschland des 19. Jahrhunderts

– Lichte Momente im Paulskirchenparlament

„Die Preßfreiheit darf unter keinen Umständen und in keiner Weise durch vorbeugende Maßregeln, namentlich Censur, Concessionen, Sicherheitsbestellungen, Staatsauflagen, Beschränkungen der Druckereien oder des Buchhandels, Postverbote oder andere Hemmungen des freien Verkehrs beschränkt, suspendiert oder aufgehoben werden.“

So war es parapiert in der Paulskirchenverfassung, die entworfen, mangels Vollendung der Revolution von 1848/49 aber nicht in Kraft gesetzt worden ist. Die Intention wurde deutlich, die Implementierung ließ auf sich warten. Immerhin wurde die Pressearbeit in den Staaten des Deutschen Bundes, allen voran in Preußen, professionalisiert, nachdem aufgeschreckte Ministerialbeamte bis hinauf zum Provinzadel die Relevanz der veröffentlichten Meinung auf die öffentliche Meinung registriert hatten. Im Dezember 1850 nahm in Berlin eine „Zentralstelle für Presseangelegenheiten“

ihre Arbeit auf. Ihre Mission: „Verbindungen“ mit in- und ausländischen Zeitungen zu pflegen mit dem Ziel einer „möglichst vollständigen, freien organischen Wechselwirkung aller Glieder des Staates und der Presse“. Damit wurden erstmals Nachrichten und Informationen behördlicherseits gemanagt, sprich: Input und Impulse aus den Amts- in Redaktionsstuben lanciert. Immer professioneller agierende staatliche Pressestellen taten mit Mitteilungen an Journalisten und Korrespondenten ein Übriges – in den Redaktionen, aber auch über neudeutsch PR-Mitarbeiter, die auf ihren Lohnlisten standen.

Auch als Reaktion auf die Vehemenz der kurzen Revolution von 1848/49 kam das einer Abkehr von der amtsstubengetriebenen



Zur Pressefreiheit in Deutschland war es ein langer und steiniger Weg.
Foto: Andreas Lang

Zensur vorgelegter Inhalte gleich – und dem Versuch der Verleger, auf kreative Weise Informationen und Kommentare an diesen Schreibtischen vorbei zu transportieren. Mit dieser PR-Offensive reagierte Preußen im kontinentalen Spektrum vergleichsweise moderat und konziliant. Im Gegensatz etwa zur Paranoia in Frankreich, wo der vereitelte Staatsstreich gegen Louis Bonaparte Ende 1851 zur Folge hatte, dass in der Metropole Paris zeitweise nur elf Zeitungen erschienen. Mehr Meinungsfreiheit wurde nicht geduldet. Zu tief saß das Trauma der Reaktionäre vor dem gedruckten Anteil an dem neuerlichen Umsturz der politischen Verhältnisse, den sie der Presse zuschrieben.

Zeitung am Bahnhof

Einen weitgehend unbeachteten Anteil an deren Verbreitung hatte ein Phänomen, das sich in der Biedermeierzeit sprichwörtlich auf der Landkarte ausbreitete: der Bau von Bahnhöfen. Die waren in ihrem zunehmend klassizistischen Pomp nicht nur ein Spiegelbild der Epoche. Sie entwickelten sich am Rande zu einem Vertriebsort für Zeitungen und Zeitschriften, die dank anziehender Anzeigengeschäfte zu moderaten Preisen mit auf die Reise gegeben werden konnten.

Die Legislative wagte sich nur alle Jubeljahre an die Garantie der „Preßfreiheit“. Nach den Napoleonischen Kriegen und dem reaktionären Wiener Kongress rang sich der Fürstenbund nach dem Wiener Kongress zwar zu vagen Formulierung durch:

„Die Bundesversammlung wird sich bei ihrer ersten Zusammenkunft mit Abfassung gleichförmiger Verfügungen über die Preßfreiheit und die Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger gegen den Nachdruck beschäftigen.“

Den Worten folgten indes keine Taten. Vielmehr folgte ein 30 Jahre währendes Katz- und-Maus-Spiel zwischen Zensur, findigen Verlegern und kreativen Publikationen, ehe die Paulskirchenversammlung zur Jahrhundertmitte dezidiert Stellung nahm. Danach war die Exekutive tendenziell geneigter, einen Modus Vivendi mit



„Die unartigen Kinder“: In dieser Karikatur von 1849 züchtigt der Schulmeister neben der Pressefreiheit die Redefreiheit, das Petitionsrecht und das Recht der freien Versammlung.

Medienschaffenden zu finden – und griff gleichwohl nur subtiler in die Pressefreiheit ein. Bis sich ein Parlament erneut des Grundrechts annahm, sollte noch manches Jahrzehnt ins Land ziehen. Der Verfassung des Kaiserreichs von 1871 war sie jedenfalls keine Erwähnung wert. Drei Jahre später trat immerhin das „Reichspreßgesetz“ in Kraft, das wenigstens sanktionierbare Formalien regelte wie die Impressumspflicht, die Pflicht zur Angabe eines verantwortlichen Redakteurs oder die Pflicht zur Gegen-darstellung.

Volle Härte des Sozialistengesetzes

Ein explizites, gar aus innerer Überzeugung getragenes Bekenntnis zur Meinungsfreiheit lässt sich daraus nicht herauslesen. Im Gegenteil: Selbst dieses Minimalprogramm einer impliziten Verankerung publizistischer Freiheiten wurde keine vier Jahre später wieder empfindlich beschnitten mit dem „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“. Das Sozialistengesetz wollte unliebsame Aktivitäten und Publikationen gegen die

Obrigkeit unterbinden – und traf die Pressefreiheit als Ganzes.

Womit sie zum Ausklang des 19. Jahrhunderts wieder einen Zustand erreicht hatte, wie sie aufmüpfige Studenten zu dessen Beginn mit den Karlsbader Beschlüssen von 1819 traf. Das Rad wurde eher wieder zurückgedreht, als dass die Pressefreiheit in Deutschland bedeutsame Fortschritte gemacht hätte.

Andreas Lang

IMPRESSUM:

Herausgeber: DJV –
Deutscher Journalisten-Verband,
Landesverband Hessen e. V. |
Rheinbahnstraße 3 | 65185 Wiesbaden

V.i.S.d.P.: Knud Zilian
Redaktion: Andreas Lang (ala)

In Freiheit, aber nicht frei

Niloofer Hamedi, Vorjahres-Besitzerin der „Feder für die Pressefreiheit“

des DJV Hessen, in Teheran aus Gefängnis entlassen – 21 Kollegen weiterhin in Haft

Gefangen ist sie nicht mehr, ein freier Mensch ist sie aber noch lange nicht. Mitte Januar ist Niloofer Hamedi, iranische Journalistin und jüngste Besitzerin der „Feder für die Pressefreiheit“ des DJV Hessen, gegen eine Kaution aus dem berüchtigten Teheraner Evin-Gefängnis entlassen worden. Eine neue Strafe droht der 31-jährigen bereits. Diesmal nicht, weil sie erneut Menschenrechtsverletzungen in ihrem Heimatland dokumentiert hatte, sondern wegen eines angeblichen Verstoßes gegen die Kleiderordnung. Die Schikanen und Drangsalierungen gegen Hamedi und ihre fünf Jahre ältere Kollegin Elahe Mohammadi reißen nicht ab.

Vor dem Gefängnis hatten die beiden Frauen zum Ende der 15-monatigen Inhaftierung mit dem Victory-Zeichen posiert. Das beanstandeten die selbsternannten iranischen Sittenwächter nicht. Wohl aber, dass sie sich ohne den vorgeschriebenen Hidschab vor den Gefängnismauern aufgestellt hatten. Mohammadi trug ein Tuch, das sie locker über ihr Haar gelegt hatte, Hamedi eine Wollmütze, unter der ihr Haar hervorquoll. Keine 24 Stunden später kündigten die Justizbehörden weitere strafrechtliche Ermittlungen an. „Wir fordern die endgültige und bedingungslose Freilassung dieser beiden mutigen Journalistinnen und ein Ende der Torturen durch das iranische Regime“, schloss sich DJV-Landesvorsitzender Knud Zilian den Forderungen von „Reporter ohne Grenzen“ (ROG) an.

Hamedi hatte im September 2022 als erste über den Tod der kurdischen Studentin Jina Mahsa Amini in Polizeigewahrsam berichtet. Nicht explizit in Wort und Bild, die gewählten Stilmittel gingen der Regierung dennoch zu weit. Für eine Festnahme reichte eine Aufnahme der trauernden Eltern auf

dem Krankenhausflur für die Tageszeitung Sharq. Die Justiz schloss daraus das volle Programm, sah damit den Tatbestand der Zusammenarbeit mit dem Erzfeind USA, eine Verschwörung gegen die nationale Sicherheit und staatsfeindlicher Propaganda erfüllt.

Hamedi war in den Stunden nach der offensichtlichen Misshandlung von Jina Mahsa Amini in das Hospital gelangt, in dem die junge Kurdin infolge ihrer schweren Verletzungen starb. Die 22-jährige Kurdin war während eines Besuchs mit ihrer Familie in Teheran ins Visier der Sittenpolizei geraten, weil auch sie den Hidschab nicht züchtig genug getragen haben soll. Zu diesem Zeitpunkt war nicht absehbar, dass ausgerechnet ihr Tod anhaltende Massenproteste auslösen würde. Erst im Nachhinein sollte sich herausstellen, dass er symbolisch steht für die Willkür und Frauenverachtung des Mullah-Regimes. Hamedis Berichterstattung für die populäre, liberale und reformorientierte Tageszeitung Sharq war Anlass genug für die Behörden, keine Woche später massiv in ihre Privatsphäre einzudringen, mit einer Hausdurchsuchung, Beschlagnahmungen und einem Haftbefehl für das Evin-Gefängnis im Norden Teherans.

Digital überwacht das iranische Regime systematisch Smartphones, verfolgt Internetadressen nach, hackt und stört Datenverkehr warnt der DJV: Es unterscheidet dabei kaum zwischen privaten und dienstlichen Kontakten, stellt jegliche Verbindung ins Ausland unter Generalverdacht. „Diese Hexenjagd ist der



Über 400 Tage in Teheran eingesperrt: Niloofer Hamedi (rechts) und Elahe Mohammadi.
Foto: Sharq News

feige Versuch der Islamischen Republik, ihr vielfältiges Versagen auf eine Journalistin abzuwälzen und damit abzulenken von ihrer repressiven Politik, die nun zu dieser stetig wachsenden Protestbewegung geführt hat“, hatte Hadi Ghaemi, Direktor des Center for Human Rights in Iran (CHRI), die Eskalation seinerzeit öffentlich kritisiert.

„Texte und Bilder zu veröffentlichen, zählt zu den Pflichten von Reportern. Damit erfüllen sie lediglich ihre Pflicht“, rief Sharq-Chefredakteurin Mehdi Rahmanian das Einmaleins unabhängiger Berichterstattung in Erinnerung. Für ihr Blatt hatte Hamedi immer wieder über Gewalt gegen Frauen in ihrem Heimatland berichtet. Wenige Wochen, bevor Amini ein „schlecht sitzender Hidschab“ zum Verhängnis geworden war, hatte sie etwa über die Familie einer Autorin und Künstlerin berichtet, die von der

Justiz unter dem gleichen Vorwand in Sippenhaft genommen worden war. Die Monate der Ungewissheit und die drohende langjährige Haftstrafe im Evin-Gefängnis hatte Tagesthemen-Moderator Ingo Zamperoni, Pate der „Feder für die Pressefreiheit“, zum Anlass genommen, Hamedi als siebte Preisträgerin auszuwählen. Sie wird seit 2018 verliehen. 2021 wurde die Aufmerksamkeit auf zwei Journalistinnen gelenkt: Katsaryna Andreyeva und Darya Chultsova aus Belarus.

Ihre Kollegin Mohammadi hatte wenige Tage später als einzige Reporterin für die lange Zeit verbotene Tageszeitung Ham Mihan über Aminis Beerdigung in deren Heimatstadt Saqqez berichtet. Monatelang saßen die beiden Frauen

nach ihrer Verhaftung im September 2022 in Untersuchungshaft, mussten bei einer drohenden Verurteilung im schlimmsten Fall mit der Todesstrafe rechnen. Gegen Kauttionen von umgerechnet jeweils 185.000 Euro und unter der Auflage, den Iran nicht zu verlassen, sind beide dem Gefängnis Anfang des Jahres entkommen. Sie waren im Oktober 2023 zu sieben beziehungsweise sechs Jahren Haft verurteilt worden. Ihre Berufungsprozesse sind noch anhängig.

Laut der quasistaatlichen Nachrichtenagentur Tasnim sollen sie bis zu einer Entscheidung des Berufungsgerichts in Freiheit bleiben. In der Vergangenheit sind jedoch vorläufig entlassene Journalistinnen und Journalisten immer wieder mit fadenscheinigen

Begründungen festgesetzt worden, wie ROG dokumentiert. Neben 17 Journalisten sind im Iran derzeit vier Journalistinnen inhaftiert: Vida Rabbani, Saida Schafiei, Nasim Sultan Beigi und Narges Mohammadi. Letztere wurde voriges Jahr mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet und setzt sich aus dem Gefängnis heraus für inhaftierte Kolleginnen ein.

Auf der ROG-Rangliste der Pressefreiheit rangiert der Iran auf Rang 177 von 180. Seit Beginn der Proteste der „Frau, Leben, Freiheit“-Bewegung, die nach dem gewaltsamen Tod Aminis ein Ende der Unterdrückung im Iran gefordert hatte, sind ihrer Zählung nach mindestens 85 Medienschaffende verhaftet worden.

Andreas Lang

Die Freiheit nach dem elften Schritt

Wie mühsam sich der kurdische Journalist Nedim Türfent nach sechseinhalb Jahren Haft in der Türkei in den Alltag zurückkämpft

In Ländern wie der Türkei, wo Journalisten wegen ihrer Arbeit unter Druck gesetzt, verhaftet und jahrelang eingesperrt werden, ist es schwierig, Journalismus zu betreiben. Wenn die Strafe abgesehen ist, hören die Schwierigkeiten nicht auf. Kann ein Journalist, der allein wegen seiner Tätigkeit jahrelang im Gefängnis saß, weil er angeblich ein „Terrorist“ war, nach der Haft einfach wieder in seinen Beruf zurückkehren?

Ich bin am 12. Mai 2016 verhaftet worden. Nach sechs Jahren und sieben Monaten wurde ich am 29. November 2022 freigelassen. Ich wurde mit dem Tod bedroht und verbrachte Jahre in strenger Isolation in einer Drei-Personen-Zelle im Gefängnis, soziale Aktivitäten wie Kurse und Sport im Gefängnis waren wegen des zweijährigen Ausnahmezustands in der Türkei und der Pandemie verboten. Und dann war ich wieder in Freiheit. Die Wiedereingliederung in die Gesellschaft und in den Beruf sind nicht einfach.



„Der Blick auf den Horizont ist Freiheit“: Nedim Türfent ist bis Ende Mai in ein Stipendiaten-Programm in Deutschland aufgenommen worden. Foto: privat

Wer vor seiner Verhaftung – bildlich gesprochen – ein Kind war, ist hinter Gittern ein Teenager geworden, und aus dem, was ein Teenager war, ist ein Erwachsener geworden. Die Umgebung ist in Freiheit älter geworden, es fällt schwer, neue Leute kennenzulernen. Nach fast sieben Jahren hat sich das Umfeld verändert. Die Menschen verändern sich, menschliche Beziehungen verändern sich.

Mein Leben war jahrelang beengt und begrenzt. Es ist nicht so einfach, dies zu überwinden. Beispielweise musste ich, als ich den Gefängnishof betrat, nach elf Schritten umkehren. Es ist Freiheit, nach dem elften Schritt nicht mehr umkehren zu müssen. Ich konnte jahrelang nicht in die Ferne schauen, weil überall Wände waren. Der Blick auf den Horizont ist Freiheit. Abends draußen zu sein ist Freiheit. Einen Schlüssel zu eigenen vier Wänden zu haben ist Freiheit. Es war sowohl wunderbar als auch seltsam, diese „Freiheiten“ nach dem Gefängnis zu erleben.

Eigentlich wäre ich nicht so schnell zum Journalismus zurückgekehrt. Aber ich musste arbeiten, weil ich kein Einkommen hatte. Wenn man nach sieben Jahren aus dem Gefängnis entlassen wird, fühlt man sich hilflos wie ein Baby, du hast nichts. In einem Land mit Wirtschaftskrise und hohen Lebenshaltungskosten hat man als Arbeitsloser keinen Cent in der Tasche zum Überleben.

Auch wenn ich hungern müsste, würde ich nicht für regierungsnahen Medien arbeiten. Das ist meine rote Linie. Auf dem Weg zu einem neuen Job lag aber ein gewaltiges Hindernis im Weg: die Bezeichnung „Terrorist“. Einige der Medien schrecken vor einer Einstellung zurück, andernfalls könnte die Regierung ihnen „Kopfschmerzen bereiten“. Tatsächlich gibt es nur sehr wenige Medien, in denen man unbeeinflusst arbeiten kann, und ihre wirtschaftlichen Bedingungen sind ziemlich schlecht. Journalisten, die in „unabhängigen“ Medien in der Türkei arbeiten, sind zusätzlich staatlichem Druck und gerichtlicher Gängelung ausgesetzt, mit harten Arbeitsbedingungen, niedrigen Gehältern und wirtschaftlichen Problemen konfrontiert.



Zarte Triebe: In der Türkei müssen kurdische Journalisten viele Widerstände durchbrechen.

Foto: ala

Ich ließ mich in Istanbul nieder. In dieser Zeit habe ich mich zusammen mit meiner Verlobten Özgür Sevinç Şimşek, die ebenfalls Journalistin ist, für ein Stipendium in Deutschland beworben. Sie wurde nach fünf Jahren Haft 2021 freigelassen, Haftgrund war ihre Arbeit. Anfang Dezember kamen wir als Stipendiaten nach Leipzig. Das Erste, was ich verspürte, sobald ich die Luft von Leipzig einatmete, war das Gefühl von „Sicherheit“. Ich fühlte mich sicher, ein Gefühl, das ich so noch nicht hatte.

Kurde zu sein ist in der Türkei eine ausreichende Rechtfertigung für jede Art von Unterdrückung oder Ausbeutung. Als ich aus dem Gefängnis kam, fühlte ich mich ein Stück weit „frei“, aber die Präsenz des Staates und der Polizei ist dort immer eine Bedrohung. Als kurdischer Journalist können Sie jederzeit verhaftet werden – ohne einen konkreten Grund. Ich wurde fast sieben Jahre lang ohne konkrete Begründung oder Beweise inhaftiert, nur weil ich über die Brutalität der Polizei gegenüber Zivilisten berichtet hatte.

Ich versuche meine literarische Arbeit fortzusetzen. Ich habe eine Sammlung

von Gedichten und anderen Werken, die meine eigene Geschichte enthalten. Wir versuchen, Veranstaltungen für mein Buch „Über Mauern“ zu organisieren, das während meiner Haftzeit in Deutschland veröffentlicht wurde.

Unser Stipendiaten-Programm endet am 31. Mai. Wir wollen unseren Aufenthalt in Deutschland mit einem weiteren Programm verlängern. Wenn uns das nicht gelingt, müssen wir in die Türkei zurückkehren. „Was passiert mit Ihnen, wenn Sie in die Türkei zurückkehren?“ In Deutschland wurde mir diese Frage oft gestellt. Wenn ich zurückgehe, könnte die Tür meines Hauses im Morgengrauen eingerammt werden. Die Polizei kann das Haus eines „Terroristen“ durchsuchen. Diese Gefahr besteht immer für jeden kurdischen Journalisten. Ich habe keine Ahnung, was dieses Mal mit mir passieren könnte. Ich will aber als Journalist weiterarbeiten.

In der Türkei fanden gerade Kommunalwahlen statt, bei denen die AKP, die Partei von Präsident Recep Tayyip Erdoğan, große Verluste hinnehmen musste. Die Regierung verlegte Soldaten aus den westlichen Provinzen in den Osten des Landes, um Gemeinden in den kurdischen Städten zu ködern. Mit deren Stimmen hat die AKP mindestens 13 Gemeinden gewonnen. In der kurdischen Stadt Van, wo die DEM-Partei de facto mit 55 Prozent der Stimmen den Stadtbezirk gewann, beschloss der Wahlvorstand der Provinz, die Urne der AKP zu überlassen, die 27 Prozent der Stimmen erhielt. Hunderttausende Menschen in vielen kurdischen Städten protestierten. Nach den Protesten, bei denen mindestens 300 Personen, darunter Kinder, Anwälte und sechs Journalisten, festgenommen wurden, gab der Wahlrat der DEM-Partei das Amt zurück. Während der Proteste folterte die Polizei Kinder und Jugendliche. Die Journalisten, die dies aufzeichneten, wurden festgenommen.

Wenn es keine kurdischen Journalisten gibt, wird niemand der Stimme dieses unterdrückten Volkes hören.

Nedim Türfent

Weniger Lokales, mehr AfD

Wie sich Rechtspopulismus in Regionen ausbreitet, in denen die Anzahl der Lokalzeitungen schwindet

So genannte Nachrichtenwüsten sind kein neues Phänomen und werden in erster Linie mit den Vereinigten Staaten von Amerika in Verbindung gebracht. Besser gesagt mit Gemeinden, in denen es (seit Jahren) keine lokale Berichterstattung mehr gibt, weil sich Tageszeitungen und andere Publikationen meist aus wirtschaftlichen Gründen zurückgezogen haben.

Örtliche Politik wird folglich weniger hinterfragt, kritisch und einordnend begleitet.

Tendenziell nimmt Miswirtschaft zu. Ein Nachrichten-Vakuum ist auch hierzulande scheinbar bester Nährboden für populistische Parteien, wie die in Teilen als gesichert rechtsextrem eingestufte Alternative für Deutschland (AfD). Für seine Masterarbeit an der Universität Stuttgart „Bläddle‘ gegen Rechtspopulismus? – Einfluss von Lokalzeitungen auf den Stimmenanteil der Alternative für Deutschland bei der Landtagswahl 2021 in Baden-Württemberg“ hat der SWR-Multimedia-Redakteur und freie Journalist Maxim Flößer die dortige Tageszeitungslandschaft unter die Lupe genommen. Die Eigenrecherche beförderte zu Tage, dass von rund 1100 Gemeinden fast ein Fünftel – exakt 207 – ohne eigene Lokalpresse auskommen muss. Und genau dort schnitt die AfD im Wahljahr 2021 im Vergleich besser ab.

„Nun leben wir aber nicht in einem luftleeren Raum, in dem Zeitungen



Eine starke und resiliente Demokratie braucht eine plurale Medienlandschaft. Foto: ala

als einziger Faktor unsere Wahlabsicht beeinflussen“, schreibt Flößer in der gemeinnützigen Wochenzeitung Kontext. „Selbst unter Bezugnahme weiterer Einflüsse wie Arbeitslosigkeit, Migrationsanteil in den Gemeinden oder Männer-Frauen-Verhältnis bleibt der Effekt der Präsenz einer Lokalzeitung bestehen. Gemeinden mit mindestens einer Lokalzeitung stimmten immer noch durchschnittlich um 0,6 Prozentpunkte weniger für die AfD.“

Auffällig sei, dass sich die Gemeinden ohne Lokalzeitung regional häufen: „Laut meiner Erhebung betrifft das vor allem den Alb-Donau-, Enz- und den Hohenlohekreis, aber auch die Landkreise Calw und Schwäbisch Hall. Hier gibt es nach meiner Erhebung besonders viele Gemeinden ohne lokale Zeitung, während gleichzeitig der Stimmenanteil der AfD um drei Prozentpunkte über dem landesweiten Durchschnitt liegt.“

Misstrauen, Isolation und letztlich für Parteien wie die AfD, die diese Gefühle ausnutzen.“

Für die Studie blieben verlagsunabhängige Onlinemedien sowie die beim ÖR regionale Berichterstattung des Rundfunks unberücksichtigt. Dennoch kann Flözers Fleißarbeit durchaus als ein gesellschaftlicher Weckruf und wissenschaftlicher Auftrag, die Zusammenhänge weiter in der Tiefe zu erforschen, verstanden werden. Vor allem in Zeiten, in denen in Lokalredaktionen der Rotstift regiert. „Wenn wir ernsthaft die Demokratie stärken wollen, brauchen wir Lokalzeitungen, die kritisch berichten und das bedeutet, die Politik muss sich überlegen, wie sie lokale Berichterstattung garantieren kann“, ruft Flößer im sozialen Netzwerk LinkedIn auf.

Jens Brehl

Solidarität mit Schwesteranstalten

Beschäftigte beim Hessischen Rundfunk beteiligen sich mit Aktionstag an Initiative „Fairness funkt“

Im Rahmen des vom DJV initiierten Aktionstages „Fairness funkt“ haben sich Beschäftigte beim Hessischen Rundfunk (hr) in Frankfurt Mitte April solidarisch gezeigt mit den Kolleginnen und Kollegen, in deren Rundfunkanstalten Tarifverhandlungen begonnen haben.

„Die Forderung des DJV liegt bei 10,5 Prozent mehr Einkommen und einer Laufzeit von zwölf Monaten“, erinnerte Knud Zilian, Vorsitzender des Landesverbandes Hessen. Beim hr beginnen die Tarifverhandlungen zwar erst Ende des Jahres, aber durch die zu erwartenden Abschlüsse in den größeren ARD-Anstalten würden Fakten geschaffen, die in Hessen kaum ignoriert werden könnten. Die von den Geschäftsleitungen des BR und des NDR bisher vorgelegten Angebote liegen bei 2,26 Prozent, rückwirkend ab Januar 2024 und weiteren 2,46 Prozent ab April 2025. Sie stehen allerdings unter dem Vorbehalt einer Steigerung des Rundfunkbeitrags. Die unabhängige Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs (KEF) hatte Ende Februar empfohlen, ihn für öffentlich-rechtliche Fernseh-, Radio- und Onlineangebote ab dem nächsten Jahr von aktuell 18,36 Euro im Monat



In solidarischer Verbundenheit: DJV-Landesvorsitzender Knud Zilian (Dritter von links) hält weitere Protestaktionen auch beim hr nicht für ausgeschlossen. Foto: Wolfgang Minich

auf 18,94 Euro anzuheben.

„Das Angebot von BR und NDR ist angesichts dramatisch gestiegener Lebenshaltungskosten in den letzten zwei Jahren blanker Hohn und kommt einem Reallohnverlust im zweistelligen Bereich gleich“, kritisierte DJV-Vorsitzender Mika Beuster die Verhandlungsbasis. Die Arbeitgeber hätten damit die Einkommensentwicklung vom Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes entkoppelt

– der Richtschnur, die in den zurückliegenden Jahrzehnten angelegt worden sei.

Den Aktionstag beim hr bewertete Zilian als „Achtungserfolg“. Sollten sich die Abschlüsse in den Schwesteranstalten nicht deutlich über den jetzt bekannten Angeboten bewegen, „werden Streiks nicht nur wahrscheinlich, sondern zwingend notwendig werden“, kündigte er an.

ala

**WER JOURNALISTEN
BEDROHT,
BEDROHT DIE
PRESSEFREIHEIT!**

Whoever threatens journalists,
threatens the freedom of the press!
Qui menace les journalistes, menace
la liberté de la presse!